

Auf gut Schwäbisch

Täglich neu: Landestypisches für
Einheimische und Reigschmeckte

Mo	Dialekt
Di	Essen und Trinken
Mi	Menschen
Do	Geschichte
Fr	Erleben
Sa	Wissen

Das Spiel mit
den Ballatten

„Ich habe am 27. März in ‚Auf gut Schwäbisch‘ von den ‚Balletten‘ gelesen“, schreibt Horst Bauer aus Aidingen. „Diese Bezeichnung für Murneln ist mir auch bekannt, aber das sind Ballatten. Ich habe einige Jahre in Calw gewohnt (dort ist Leserin Dorothea Lauer-Stahl der Begriff erstmals begegnet) und kenne diesen Ausdruck von meiner Schwiegermutter. Sie hatte noch einen uralten ‚Ballatten-Ständer‘ und die dazu gehörigen ‚Ballatten‘. Aus meiner Kindheit kenne ich dieses Spielzeug als ‚Schnellerbahn und Schneller‘, also z.B. in Aidingen.“

Albrecht Hartmann aus Schwäbisch Gmünd berichtet: „Frau Lauer-Stahl kennt den Ausdruck ‚Ballatten-Ständer‘ aus ihrer Kindheit von Besuchen bei den Großeltern in Calw. Auch in Oberhaugetstett, etwa zehn Kilometer westlich von Calw, wo ich aufgewachsen bin, kannte man den ‚Balladda-Ständer‘, auf dem man die ‚Balladda‘ hinunterkullern ließ.“



Ein moderner „Ballatten-Ständer“ (Kugelbahn) Foto: StN

In Fischers Schwäbischem Wörterbuch findet man hierzu folgenden Eintrag: ‚Ballet, Ballat, Balliet: kleine Steinkugel zum Spielen. Das Spiel heißt ‚Ballette(n)‘. Es liegt ein französisches ‚ballette‘, eine verkleinerte Form von ‚balle‘ (=Ball) zugrunde.‘ Das Foto aus dem Internet zeigt so einen ‚Ballatten-Ständer‘. Leider gibt es den aus meinem früheren Schwarzwälder Elternhaus nicht mehr.

„Darf ich bei den Fragen nach der Herkunft des Wortes ‚Ballet(e)‘ behilflich sein?“, fragt Dieter Plomitzer aus Backnang. Auch er verweist auf Fischers Schwäbisches Handwörterbuch und schreibt: Das Wort dürfte auf Französisch ‚ballette, ballotte‘ zurückgehen; das sind Verkleinerungsformen von ‚balle‘ (Kugel), welche wiederum an dialektal italienisch ‚ballotta‘ (Kugel zum Abstimmen) angelehnt sein dürften.

Die Kugelwahl, die im Wesentlichen auf der verdeckten Abgabe verschiedenfarbiger Kugeln (z.B. Weiß für Ja, Schwarz für Nein) beruht, ist seit dem Mittelalter bekannt, etwa bei der Abwahl bei den Benediktinern, bei der Dogenwahl in Venedig, bei den Wahlen an Hochschulen, bei Karnevalsgesellschaften und den Freimaurern. – Im alten Toskanischen sind ‚ballote‘ in gleicher Weise zur Wahl benutzte Kastanien. Heute noch bezeichnen frz. ballotage, it. ballottaggio (Kugelwahl) eine unentschiedene Wahl und die dadurch erforderliche Stichwahl. Im Englischen sind Wahlkugeln ebenfalls ‚ballots‘.“

Zwei weitere Nachrichten zum Thema Verpöppeln von Lehrlingen beziehungsweise Azubis: Rolf Schippert aus Oberschleibach erinnert sich an die Aufforderung vom Bau: ‚Hol eine Bogenschnur!‘ – was schwer möglich ist, weil Schnüre auf Baustellen in der Regel gespannt sind oder als Aufhängung für ein Lot dienen.

Hans-Joachim Wayss aus Unterensingen ergänzt: „Anfangs der fünfziger Jahre wurde der neue ‚Lehrbua‘ im Betrieb zu den Schlossern geschickt. Er sollte dort den großen ‚Messing-Magnet‘ holen. Dort wurde ihm ein großer Karton übergeben mit dem Auftrag: ‚Vorsichtig tragen!‘ Auspacken musste der Lehrling den Karton auch. Unter großem Gelächter kam ein Hohlblock-Stein zum Vorschein.“

Der schwäbische Spruch des Wochenendes kommt ebenfalls von Hans-Joachim Wayss: No ned hudla, emmer anezodda ond dudla!“

Schreiben Sie uns: Zentralredaktion, Postfach 10 44 52, 70039 Stuttgart, Stichwort: Schwäbisch, Fax 07 11 / 72 05 - 73 09; E-Mail: land@stn.zgs.de

www.auf-gut-schwaebisch.de

Land gibt Geld
frei für 64 neue
Straßenprojekte

Minister Hermann: Alte Anträge weitgehend abgebaut

Bahnübergänge, Kreisel, Gehwege: Neue Projekte hatten in den letzten zwei Jahren keine Chance. Zu viel Altes liege noch auf Halde, lautete die Begründung. Doch das scheint überwunden.

STUTTGART (lsw/StN). Nach zwei Jahren hat die Landesregierung den Bewilligungsstopp bei der Förderung kommunaler Straßenbauprojekte wieder aufgehoben. 2014 können rund 44 Millionen Euro in 64 neue Vorhaben vor allem auf dem Land fließen, wie Verkehrsminister Winfried Hermann (Grüne) der Deutschen Presse Agentur sagte.

Mit den laufenden Projekten stehe für den kommunalen Straßenbau 2014 eine Summe von 66 Millionen Euro zur Verfügung. Bei der Verteilung von Fördermillionen des Bundes werde ein neuer Schwerpunkt auf den Ausbau des Nahverkehrs und des Radnetzes gelegt.

Das Förderprogramm des Bundes läuft noch bis 2019, die Nachfolge ist noch nicht geklärt. „Ich halte das für einen großen Fehler“, sagte Hermann. Die Länder seien nicht in der Lage, dieses Fördervolumen des Bundes zu kompensieren.

Grün-Rot hatte nach der Regierungsübernahme einen Bewilligungsstopp verhängt, da das Programm weitgehend ausgebuht war. Schwarz-Gelb habe die Förderung von 894 Straßenbau-Projekten mit einem bewilligten Volumen von insgesamt 440 Millionen Euro zurückgelassen. Damit sei das Geld viereinhalb Jahre im Voraus vergeben gewesen. Dieser „riesige Berg“ sei nun zu einem guten Teil abgebaut.

Für 2014 zugesagt wurden 44 Millionen Euro für neue Projekte, darunter viele Bahnübergänge und Unterführungen. Wenn etwa auf der Breisgau S-Bahn wie gewünscht mehr Züge führen, dürften die Autos nicht an den Bahnübergängen stehen, so Hermann.

Gab es früher für Straßenbau bis zu 70 Prozent Förderung, liegt der Zuschuss für neue Projekte jetzt einheitlich bei 50 Prozent. Ziel sei es, mehr Projekte als früher zu fördern, betonte Hermann. Auch werde die Förderung gedeckelt. Wird es teurer, legt das Land nichts oben drauf.

Die CDU-Abgeordnete Nicole Razavi nannte es „höchste Zeit“, wieder neue Vor-

Kommentar

Neue Gegner

VON FRANK SCHWAIBOLD

Nun also doch: Winfried Hermann will 64 neue Maßnahmen im kommunalen Straßenbau fördern. Für den Verkehrsminister soll die Ankündigung ein Befreiungsschlag werden. Denn ihm eilt der Ruf voraus, dass ihm Autofahrer nicht besonders wichtig sind. Das stimmt nur bedingt, aber er hat in jüngster Zeit selbst dazu beigetragen. Da seine Behörde geschlafen hat, sind Baden-Württemberg im März 15 Millionen Euro an Bundesmitteln für Bundesfernstraßen verloren gegangen. Was für ein Armutzeugnis. Und obwohl er jetzt 44 Millionen Euro für kommunale Straßenprojekte lockermacht, hat er sich neue Gegner geschaffen. Denn die Kommunen sehen nach zwei Jahren Förderstopp zwar erstmals wieder Geld vom Land. Hermann aber hat die Förderquote so abgesenkt, dass der kommunale Finanzierungsanteil um 50 Prozent teurer wird.

f.schwaibold@stn.zgs.de

haben zu bewilligen. Die Änderung der Förderkriterien werde sich aber negativ auf die Kommunen auswirken, da diesen 33 Millionen Euro fehlten. Der FDP-Abgeordnete Jochen Haußmann befürchtet, dass die neuen Fördersätze viele Planungen abwürgen, da die Kommunen mehr aus eigener Tasche zahlen müssen.

Zu den neu bewilligten Projekten gehören unter anderem:

Wendlingen: Beseitigung des Bahnübergangs Schützenstraße

Kornwestheim: Umbau im Bereich Jakob-, Bahnhof-, Stuttgarter Straße

Kreis Böblingen: K 1057 Knoten Herdweg Holzgerlingen: Ausbau B 464

Noch keine Bewilligung hat der Umbau des Festo-Knotens im Kreis Esslingen.

Grün-Rot hofft auf Elfmeter gegen Mappus

Neue Akten der Investmentbank Morgan Stanley verzögern Ausschussende um weitere Wochen

VON ARNOLD RIEGER

STUTTGART. Obwohl der EnBW-Untersuchungsausschuss schon wiederholt das Finale seiner Arbeit eingeläutet hat, ist ein Ende noch immer nicht in Sicht. Zwar gibt es bereits einen Entwurf für den Abschlussbericht, der die Dokumente und Zeugenprotokolle zu dem Milliardendeal des früheren Ministerpräsidenten Stefan Mappus enthält. Doch noch fehlen darin nach Meinung des Ausschusses wichtige Dokumente.

Vor allem neue Unterlagen der Investmentbank Morgan Stanley – sie hat 2010 den Rückkauf der EnBW-Aktien von dem fran-

zösischen Staatskonzerns EdF abgewickelt – verzögern den Schlusspunkt mindestens bis Ende Mai. Es handelt sich um 4000 Seiten in 14 Ordern, die „zum Teil geheimhaltungsbedürftig“ sind, wie Ausschussvorsitzender Klaus Herrmann (CDU) sagte. Welche Teile im Bericht erscheinen dürfen, will der Ausschuss nun mit der Staatsanwaltschaft klären, die gegen den früheren Morgan-Stanley-Chef Dirk Notheis ermittelt.

Auch eine Expertise zum Kaufpreis der Aktien, das sogenannte Ballwieser-Gutachten, darf nicht öffentlich werden, da es zu den Ermittlungsakten gehört. Da der Ausschuss die Arbeit aber aufnehmen will, soll

Bilder, die Freude machen



Zweimal Schwäbisch und einmal Schweizerdeutsch. Das Schild oben – für Reigschmeckte ein Zungenbrecher – hat Leser Gerhard Einsele aus Nürtingen fotografiert. Es hängt vor einer Garage in Neckarhausen. Das mittlere Schild mit dem auch in unserer Serie „Auf gut Schwäbisch“ sehr beliebten Spruch ist eine Entdeckung von Renate Kornau aus Stuttgart. Das untere Schild schließlich hat

Leser Rolf Bauder aus Filderstadt in Inden in der Schweiz entdeckt. Sein Kommentar dazu: „Ja, die Schweizer sind halt korrekt!“ Berichtigten wollen wir eine Bildunterschrift vom 3. April. Das dort gezeigte Schild von Leser Wolfgang Lange befindet sich am Einstieg zum Traufgang Zollernburg-Panorama. Bilder-Einsendungen bitte an: land@stn.zgs.de Fotos: Einsele/Kornau/Bauder

Mit dem Naturschutz auf Du und Du

Eine vertrauliche Mail zeigt aus Sicht der FDP, warum die Regierung die Jäger bevormunden will

VON RAINER WEHAUS

STUTTGART. Wenn Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) an diesem Samstag beim Landesjagertag in der Ortenau auftritt, wird es hoch hergehen. Die grün-rote Landesregierung will den Jägern per Gesetz bekanntlich unter anderem eine zweimonatige Jagdruhe verordnen und die Wildtierfütterung phasenweise verbieten – ein Vorhaben, das den Jägern gar nicht schmeckt.

Aus Sicht der Jäger hat sich bei dem Gesetzesvorhaben die Naturschutz-Lobby durchgesetzt. Das wäre angesichts der Tatsache, dass der aktuelle Forstminister Alexander Bonde ein Grüner ist, einerseits nicht verwunderlich. Andererseits betont die Regierung auch in dem Fall stets, dass sie sich bemühe, alle Interessen angemessen zu berücksichtigen und nicht einseitig zu sein.

Der FDP-Abgeordnete Friedrich Bullinger, Sprecher seiner Fraktion für den ländlichen Raum, hat an diesem Neutralitätsversprechen schon öfters Zweifel geäußert und der Regierung vorgeworfen, sie wolle mit dem Gesetz die Jäger bevormunden. Nun sieht er sich bestätigt, und zwar durch eine kurze Mail, die ihm zugespielt wurde und die auch unserer Zeitung vorliegt.

In dieser Mail vom Ende März informiert der Landesvorsitzende des Naturschutzbundes (Nabu), Andre Baumann, den Amtschef des Landwirtschaftsministers, Wolf-

gang Reimer (Grüne), über seine Aktivitäten in Sachen Öffentlichkeitsarbeit. Die Mail ist in der Betreffzeile als „vertraulich“ gekennzeichnet und hat auch einen vertraulichen Ton. Baumann informiert darin den „lieben Wolfgang“ darüber, dass er eine Stellungnahme der Landnutzerverbände zum Jagdgesetz der Nachrichtenagentur dpa in Stuttgart habe zukommen lassen – mit einer entsprechenden Bewertung seinerseits.

„Sich zu duzen ist kein Zeichen einer Verschwörung“

Hannes Huber
Sprecher des Naturschutzbundes

Laut Bullinger handelt es sich dabei um eine Stellungnahme aus einem „nicht-öffentlichen, vertraulichen Koordinierungskreis“. Dies beweise, so Bullinger, dass Baumann nichts unversucht lasse, „seine ideologischen Positionen durchzusetzen“.

Baumann setzt Reimer, der bei der Reform des Jagdgesetzes intern die Federführung hat, zudem noch darüber in Kenntnis, dass er übers Wochenende eine Muster-Pressemitteilung für die Nabu-Kreisverbände entwerfen werde und dass es gut wäre, „wenn die Tierschutzvereine vor Ort ebenfalls Be-

zunächst eine Zusammenfassung erstellt werden. Der Geheimhaltung unterliegen nicht zuletzt die Protokolle, die die französische Justiz von der Vernehmung hoher EdF-Manager verfertigt hat: Auch deren Aussagen dürfen nur indirekt erscheinen.“

Nicht allen gefällt diese Verzögerung. „Das erinnert an ein Fußballspiel mit einem grün-roten Schiedsrichter, der vergessen hat, was 90 Minuten sind“, kritisierte der FDP-Abgeordnete Andreas Glück seine Kollegen. Jetzt müsse endlich mal Schluss sein, sonst werde der Untersuchungsausschuss unglaubwürdig. Doch Grünen-Obmann Uli Sckerl verteidigte die „kleine Ver-

zögerung“ ebenso wie sein SPD-Kollege Sascha Binder. Eventuell gelinge mit den Morgan-Stanley-Akten ja der spielentscheidende Elfmeter. Sie enthielten schließlich Aussagen zur Kaufpreisfindung und zur Frage, wer den Deal überhaupt angeregt hat.

Sckerl und Binder bestätigten auch, dass die Landesregierung auf zivilrechtliche Ansprüche gegen Mappus verzichtet. Die gerichtliche Frist für eine Klage sei kürzlich abgelaufen. Sckerl sagte, Mappus sei nicht bereit gewesen, diese Frist zu verschieben. Es mache aber keinen Sinn, gegen Mappus zivilrechtlich vorzugehen, ehe der Fall strafrechtlich aufgearbeitet sei.

Schuldspruch
gegen Ex-Präsident

HEILBRONN (lsw). Weil er als Präsident des Golfclubs Liebenstein rund eine Viertelmillion Euro veruntreut hat, ist ein 52-Jähriger zu einer Bewährungsstrafe von einem Jahr und zehn Monaten verurteilt worden. Der Mann habe das ihm anvertraute Geld nicht von Anfang an veruntreuen wollen, sagte der Vorsitzende Richter am Heilbronner Amtsgericht am Freitag bei der Urteilsverkündung. Darum spreche man nicht von gewerbsmäßigem Betrug, sondern gewerbsmäßiger Untreue. Auch das Geständnis des Angeklagten, die Versuche zur Wiedergutmachung und seine positive Sozialprognose seien mit in das Strafmaß eingeflossen.

Der Club hatte dem Versicherungskaufmann 2011 eine halbe Million Euro anvertraut, die er anlegen sollte. Er legte jedoch nur die Hälfte an. Das fiel seinem Geschäftspartner in der Versicherungsagentur auf, der ebenfalls Mitglied im Golfclub war und die entsprechende Summe kannte.

Seine Taten habe der 52-Jährige mit gefälschten Unterlagen, E-Mails und Kontoauszügen verschleiert, sagte der Staatsanwalt. Er forderte eine zweijährige Haftstrafe. Die Verteidigerin des Ex-Präsidenten verwies darauf, dass ihr Mandant die Tat nicht geplant habe und geständig sei. Sie plädierte auf eine Bewährungsstrafe. Jahrelang hatte sich der Mann in seinen Geschäften verstrickt. Zum Zeitpunkt seiner Festnahme unterhielt er 29 aktive Konten und hatte Steuerschulden.